

## Analyse

# Der neue Gasvertrag: Bedrohung und Risiken für die Ukraine

Von Katerina Malygina, Eichstätt-Ingolstadt / Bremen

Die schärfste Auseinandersetzung in der Geschichte der »Gas-Kriege« zwischen Russland und der Ukraine ist vorüber. Am 19. Januar 2009 wurde das Gasabkommen zwischen dem ukrainischen Energieversorger »Naftohaz Ukrainy« und dem russischen Gaslieferanten »Gazprom« für die Jahre 2009 bis 2019 in Moskau unterzeichnet. Die Ukraine erhält laut Abkommen für das Jahr 2009 eine Ermäßigung von 20% auf den ausgehandelten Gaspreis, der dem mitteleuropäischen entspricht. Die von Russland zu zahlenden Transitgebühren für das russische Gas im Jahr 2009 bleiben jedoch auf dem Niveau von 2008 – 1,7 US-Dollar pro 1000 m<sup>3</sup> für 100 km.

### Einleitung

Dieser Krieg kennt keine Sieger. Der Streit mit dem russischen Nachbarn hat schon jetzt eine zusätzliche Schwächung der ukrainischen Wirtschaft zur Folge. So stellten aufgrund des Gaslieferstopps das Hafenerwerk Odessa, der Chemiekonzern »Stirol« und andere große Industrieunternehmen die Produktion ein (ihr gemeinsamer Anteil am BIP beträgt etwa 3%). Aber auch russische Unternehmen müssen Verluste hinnehmen: Nach unterschiedlichen Schätzungen belaufen sich die finanziellen Einbußen von Gazprom auf 1,5–2 Mrd. US-Dollar. Die geringeren Deviseneinnahmen haben in Russland bereits zu Abwertungstendenzen geführt. Am 20. Januar brach der Wechselkurs des Rubel alle bisherigen Rekorde – er stieg auf 32,2 Rubel pro Dollar. Gazprom drohen nun millionenschwere Klagen europäischer Gasunternehmen. Am wichtigsten ist jedoch, dass beide Länder einen schweren Imageschaden aus dem Gaskonflikt davongetragen haben. So erklärte der Präsident der EU-Kommission José Manuel Barroso, die Verlässlichkeit Russlands und der Ukraine als Partner der EU sei fragwürdig geworden.

Enorme finanzielle Verluste und die Unnachgiebigkeit der Ukraine führten in Moskau zu einer ausgesprochen harten Position in Bezug auf die neuen Gasbeziehungen zur Ukraine. Das unterzeichnete Abkommen hat den fortwährenden politischen Konflikt in der Ukraine bereits verschärft. So kritisierte Präsident Viktor Juschtschenko heftig die von Julia Timoschenko ausgehandelten Verträge. Timoschenko nannte die Vereinbarungen »einzigartig«. Aber wodurch wird das neue Abkommen eigentlich »einzigartig« und welche Auswirkungen hat es auf die Ukraine?

### »Einzigartige« Regelungen

Laut Timoschenko besteht die Einzigartigkeit des Gasabkommens darin, dass die Verträge zum ersten Mal direkt zwischen den Energiekonzernen Naftohaz und

Gazprom ohne einen Vermittler unterzeichnet wurden. Erstmals ist in diesen Verträgen die Gasbeziehung zwischen Russland und der Ukraine für viele Jahre geregelt. Letztendlich werden die Gaspreise für die Ukraine nach europäischem Muster an die Erdölpreise gekoppelt.

Zweifelsohne ist die Ausschaltung des ominösen Zwischenhändlers »RosUkrEnergo« (RUE) aus dem Gashandel ein ausgesprochen positives Ergebnis für die Ukraine. Allerdings ist nicht nur Timoschenko mit ihrem aktiven Auftreten dafür verantwortlich, sondern auch Gazprom hatte Interesse an dieser Regelung. Mit dem Ziel, die Rentabilität des Pipelineprojekts »Nabucco« zu senken, erhöhte Russland die Preise für Gas aus Zentralasien. Dadurch wurden jegliche Vermittlerdienste unrentabel.

Die Beseitigung des Zwischenhändlers ist aber leider die einzige positive Regelung im Vertrag. Der ausgehandelte Anstieg des Gaspreises auf Marktniveau ab 1. Januar 2009 ist sehr unvorteilhaft für die Ukraine. Der Erdgaspreis soll sich nach einer Preisformel quartalsweise ändern, ausgehend von einem Basispreis von 450 US-Dollar pro 1000 m<sup>3</sup>. Julia Timoschenko versicherte, dieser Basispreis entspräche dem durchschnittlichen europäischen Erdgaspreis für das erste Quartal 2009. Wenn man aber die von Naftohaz bekanntgegebenen Quartalspreise für die Ukraine in durchschnittliche europäische Quartalspreise umrechnet, dann beläuft sich nach dieser Logik der jährliche Durchschnittspreis für Europa auf 316 US-Dollar pro 1000 m<sup>3</sup>. Gazprom erklärte jedoch vor Kurzem, der jährliche Durchschnittspreis für Europa liege bei 280 US-Dollar. Demzufolge wird das Erdgas für die Ukraine in Zukunft teurer sein als für Europa. Russland kann mit diesem hoch angesetzten Basispreis von 450 US-Dollar die hohen zentralasiatischen Gaspreise ausgleichen und dieses Gas dann gewinnbringend an die Ukraine verkaufen. In jedem Fall hat Russland alles getan, um

den größtmöglichen Nutzen aus den Verhandlungen zu ziehen.

Im Grunde ist es Ministerpräsidentin Timoschenko mit allerlei Tricks gelungen, einen relativ günstigen Gaspreis für das laufende Jahr festzuschreiben. Sie verkündete, der jährliche Durchschnittspreis für die Ukraine werde im Jahr 2009 bei 228,8 US-Dollar pro 1000 m<sup>3</sup> liegen. Dafür wird nicht nur der gewährte Rabatt von 20% sorgen. So hat Naftohaz Ukrainy des Weiteren vor, im ersten Quartal 2009, wenn der Gaspreis für die Ukraine am höchsten sein wird (360 US-Dollar pro 1000 m<sup>3</sup>), nur eine Mindestmenge Erdgas zu kaufen – gerade mal 5 Mrd. m<sup>3</sup>. Der ukrainische Energiekonzern hat darüber hinaus Anspruch auf 11 Mrd. m<sup>3</sup> Erdgas des ehemaligen Zwischenhändlers RosUkrEnergo, das sich derzeit in den ukrainischen Gasspeicheranlagen befindet. Naftohaz Ukrainy kaufte die Schulden von RosUkrEnergo gegenüber Gazprom in Höhe von rund 1,7 Mrd. US-Dollar, konnte diese jedoch wegen finanzieller Engpässe nicht sofort begleichen. Deshalb wurde für die Schuldenbegleichung eine Vorauszahlung Russlands für anfallende Transitgebühren eingesetzt. Nun hat Naftohaz jedoch Probleme im eigenen Land, denn RUE ist nicht bereit seine Eigentumsrechte an den Gasvorräten zu übertragen. Wenn das Geschäft erfolgreich abgewickelt wird, können die 11 Mrd. m<sup>3</sup> Gas für lediglich 154 US-Dollar pro 1000 m<sup>3</sup> gekauft werden, was nochmals 25 US-Dollar weniger wären als im letzten Jahr.

Alle Abschläge zusammengerechnet wird die Ukraine in diesem Jahr jedoch mehr als 9 Mrd. US-Dollar für importiertes Gas bezahlen, während Russland der Ukraine nur etwa 0,6 Mrd. US-Dollar schuldig sein wird – die tatsächliche von Russland zu zahlende Transitgebühr von 2,3 Mrd. US-Dollar verringert sich um die erwähnten 1,7 Mrd. US-Dollar, die Gazprom durch den Schuldenausgleich von RUE an Naftohaz »bezahlt« hat. Die Beibehaltung der Transitgebühren auf Vorjahresniveau und die rasche Angleichung des Gaspreises an den Marktpreis verdeutlichen die Asymmetrie in den abgeschlossenen Verträgen. Bei genauerer Betrachtung stellt sich heraus, dass der gewährte Rabatt in Höhe von 20% auf den Gaspreis mit einem Rabatt von rund 60% auf die Transitgebühren verknüpft ist. Dieses Missverhältnis wird auch im nächsten Jahr erhalten bleiben, wenn die Transitgebühren nach der Vertragsformel berechnet werden. Gazprom hat bereits angekündigt, dass der Preis für den Transit bei 2,66 US-Dollar pro 1000 m<sup>3</sup> für 100 km liegen wird. Zum Vergleich: Die durchschnittlichen europäischen Transitgebühren liegen bei etwa 4 US-Dol-

lar. Nach Schätzungen ukrainischer Experten müssten die Transitzahlungen auf 5,11 US-Dollar erhöht werden, um die Kosten des Pipeline-Netzes zu decken. Auf diese Weise subventioniert die Ukraine den Transit von russischem Gas.

Im Präsidialsekretariat der Ukraine spricht man ebenfalls von einer Asymmetrie in den Verträgen. Einerseits soll die Ukraine auch im Falle von bilateralen Streitigkeiten den Transit von russischem Gas fortsetzen, während Russland weiterhin das Recht hat, seine Lieferungen im Bedarfsfall zu stoppen. Andererseits muss die Ukraine das importierte Gas nach dem Prinzip »Take-or-pay« (»Nimm oder zahle«) kaufen. Das bedeutet, die Ukraine ist verpflichtet, für die gesamte Menge des gelieferten Gases zu bezahlen, unabhängig von der tatsächlich verbrauchten Menge. Gleichzeitig darf Russland das Transitvolumen beliebig ändern. Hier gilt also ein anderer Grundsatz: »Wir zahlen nur für tatsächlich durchgeleitetes Gas«.

Eine weitere günstige Entwicklung ist für Russland die verstärkte Präsenz von Gazprom auf dem ukrainischen Gasmarkt. Nach den neuesten Vereinbarungen hat die im Frühjahr 2008 gegründete Tochter von Gazprom, »Gazprom sbyt Ukraina«, 25% des ukrainischen Marktes erhalten – das entspricht einem Verkauf von rund 13,5 Mrd. m<sup>3</sup> Erdgas. Im Jahr 2008 durfte das Unternehmen nur 7,5 Mrd. m<sup>3</sup> Erdgas verkaufen.

Wenn die Ukraine mit ihren Zahlung in Verzug geraten sollte, sieht das Abkommen den Übergang zu 100%-igen Vorauszahlungen vor. Nach Aussage des Präsidialsekretariats hat Russland diese Regelung speziell für die Ukraine entwickelt, denn es gibt kein europäisches Land, in dem eine solche Klausel üblich wäre.

Insgesamt zeigt die Asymmetrie in den Verträgen, dass die politische Komponente in den Gasbeziehungen zwischen Russland und der Ukraine auch heute noch eine wichtige Rolle spielt. Wären hier nur wirtschaftliche Interessen wirksam, wären vorteilhafte Ergebnisse für beide Partner Bedingung gewesen.

### Auswirkungen auf die Wirtschaft

Die Ukraine hat folglich einen langfristigen Vertrag zu sehr ungünstigen Bedingungen unterzeichnet. Dies wird sich auf den schon jetzt beklagenswerten Zustand der ukrainischen Wirtschaft negativ auswirken. In Anbetracht der erhöhten Preise für das importierte Gas muss auch Naftohaz Ukrainy die Preise für alle Verbrauchergruppen auf dem Binnenmarkt anheben. Die ukrainischen Unternehmer hatten jedoch schon im Jahr 2008 aufgrund verschiedener Aufschläge einen Preis von 300–330 US-Dollar pro 1000 m<sup>3</sup> Erdgas zu zah-

len. Allerdings darf man nicht außer Acht lassen, dass das Jahr 2008 auch ein Rekordjahr in Hinblick auf die Preise für Produkte ukrainischer Unternehmen war. So konnte die ukrainische Wirtschaft die hohen Gaspreise trotz allem bezahlen und sogar Profit abwerfen. Wenn aber der Erdgaspreis für die Industrie auf dem hohen Vorjahresniveau stagniert, droht der ukrainischen Volkswirtschaft eine sinkende Wettbewerbsfähigkeit. Um dies zu verhindern, müssen die ukrainischen Politiker Naftohaz Ukrainy weiterhin aus dem Staatshaushalt subventionieren. Das Budget für das Jahr 2009 sieht eine Unterstützung für Naftohaz in Höhe von 916 Mio. US-Dollar vor. Im Jahr 2008 wurden für diesen Zweck mehr als 1 Mrd. US-Dollar überwiesen. In Anbetracht der sich verändernden Bedingungen wird dieser Betrag wahrscheinlich noch einmal erhöht werden. Die benötigten Subventionen steigen aber schon allein aufgrund der Kopplung des Erdgaspreises für die Verbraucher an den amtlichen Wechselkurs seit Ende letzten Jahres. Während Naftohaz von Russland Gas in US-Dollar kauft, vertreibt es die Ware auf dem Inlandsmarkt in ukrainischen Hrywnia. Die Abwertung des Hrywnia führt dann folglich zu einer weiteren Erhöhung der Subventionen. All dies wird den Haushalt zusätzlich belasten.

Für die Ukraine wird es sehr schwer sein, die Rechnungen für das Erdgas fristgerecht zu zahlen. Im Jahr 2008 konnte Naftohaz seine Schulden gegenüber Gazprom nur deshalb zurückzahlen, weil das Unternehmen Kredite von staatlichen Banken bekam. Nachdem Naftohaz bei der Ukrainischen Nationalbank mit einem Schlag fast eine Milliarde US-Dollar kaufte, um damit seine Schulden bei Gazprom zu begleichen, brach der Wechselkurs am Folgetag ein. Wenn sich solche Vorgehensweisen auch in Zukunft wiederholen, ist die weitere Abwertung des Hrywnia und eine steigende Verschuldung der öffentlichen Kassen nicht ausgeschlossen. Außerdem droht der Ukraine bei Zahlungsverzug, wie bereits erwähnt, die Forderung nach Begleichung der Rechnungen im Voraus. Dies würde bedeuten, dass die Ukraine einen bedeutenden Teil des Staatshaushaltes für die Zahlungen an Gazprom bereitstellen müsste, noch bevor Steuern und Abgaben überhaupt eingegangen sind.

Problematisch für die rechtzeitige Bezahlung der Gasrechnungen ist auch die schwierige finanzielle Situation bei Naftohaz. In letzter Zeit befand sich Naftohaz beständig am Rande des Bankrotts. Die Hoffnung auf eine Verbesserung der finanziellen Lage des Unternehmens durch die Ausschaltung des Zwischenhändlers ist jedoch nicht gerechtfertigt. Selbst nach dem Aus-

schluss von RUE kann Naftohaz seine Präsenz auf dem Gasmarkt im besten Falle von 50% auf 75% erhöhen (25% sind für »Gazprom Sbyt Ukrainy« reserviert) und damit seine Einnahmen lediglich um ein Viertel erhöhen. Aber selbst diese bescheidene Zunahme der Einnahmen könnte durch eine sinkende Nachfrage nach Gas in den Industrieunternehmen aufgehoben werden. So planen die ukrainischen Industrieunternehmen im Jahr 2009 nur 24 Mrd. Kubikmeter Erdgas statt der bisherigen 30 Mrd. zu kaufen. Daher scheint es recht unwahrscheinlich, dass Naftohaz die Einkünfte des letzten Jahres um 7 Mrd. US-Dollar anheben können wird. Des Weiteren bezahlen viele nichtindustrielle Verbraucher ihre Gasrechnungen mit Verzögerung. Ihre gemeinsame Verpflichtung gegenüber Naftohaz für die Jahre 1998 bis 2008 beträgt etwa 800 Mio. US-Dollar. Der Schuldenstand von Naftohaz selbst beläuft sich auf rund 9 Mrd. US-Dollar, wobei rund 2 Mrd. US-Dollar bereits in diesem Jahr zurückgezahlt werden müssen. So steht Ende des Jahres ein riesiges Haushaltsdefizit bei Naftohaz zu erwarten.

Das einzig positive Moment für die Wirtschaft der Ukraine ist folgendes: Aufgrund der hohen Erdgaspreise werden die Ukrainer dazu gezwungen, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um Energie einzusparen. Die ukrainische Volkswirtschaft ist 2–2,5-mal energieintensiver als die Volkswirtschaften der Europäischen Union. In Reaktion auf die Krise haben einige Stahlunternehmen bereits begonnen, in ihrem Produktionsprozess Erdgas durch Koks zu ersetzen. Wenn die Ukraine zudem in der Lage wäre, ihren Energiebedarf zu verringern, könnte sie in Zukunft das von ihr geförderte Gas nach Europa verkaufen. Russisches Gas kommt dafür nicht in Frage, weil der Re-Export dieses Gases verboten ist.

All diese Tendenzen bestätigen die düsteren Prognosen zur wirtschaftlichen Lage der Ukraine. Die Ukraine hält den Weltrekord beim Sturzflug der industriellen Produktion, der Inflation, der Abwertung der nationalen Währung und beim Rückgang der Aktienindizes. Im neuen UN-Bericht über die wirtschaftliche Lage in der Welt spricht man deshalb schon von einem wahrscheinlichen Staatsbankrott der Ukraine.

### Ein neuer Gasstreit scheint möglich

Zu der beschriebenen Verschärfung des Gasstreits zwischen der Ukraine und Russland zum Jahreswechsel 2008/2009 kam es vermutlich, weil Russland versuchte, das sogenannte »belarussische Szenario« auch in der Ukraine zu realisieren. Vor zwei Jahren haben Belarus und Russland einen Fünf-Jahres-Vertrag für die Liefere-

rung und den Transit von Gas unterzeichnet. Im Rahmen dieses Abkommens geht Belarus im Jahr 2011 zu einer europäischen Preisbildung über. Bis zu diesem Zeitpunkt gilt ein Rabatt-System. Im Gegenzug für die Ermäßigungen erwirbt Gazprom bis zum Jahr 2010 einen 50%-igen Anteil am belarussischen Pipeline-Netz Beltransgaz. Derzeit besitzt Gazprom bereits 25%.

Ursprünglich war auch für die Ukraine ein schrittweiser Übergang zum europäischen Gaspreise innerhalb von drei Jahren vorgesehen. Dieses Ansinnen fand seinen Niederschlag in der Vereinbarung zwischen Putin und Timoschenko vom Oktober 2008. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Putin während der Verhandlungen über den neuen Gas-Vertrag mit der Ukraine in diesem Winter abermals forderte, das ukrainische Pipeline-Netz zu privatisieren oder langfristig zu vermieten. Nach den ukrainischen Rechtsvorschriften aber ist die Privatisierung des Pipeline-Netzes verboten. Darüber hinaus hat das Netz große Bedeutung für die nationale Sicherheit. Und tatsächlich könnte Gazprom mit dem ukrainischen Pipeline-Netz zum Liefer-Monopolisten in jeder Hinsicht werden. Alle anderen Transitwege für russisches Gas nach Europa werden bereits von Gazprom kontrolliert oder werden in naher Zukunft der Kontrolle des Unternehmens unterworfen. Deshalb wollen die Ukrainer ihr Pipeline-Netz den Russen weder verkaufen noch vermieten. Sogar der Gas-Krieg zu Beginn des Jahres konnte die ukrainische Führung nicht zur Kapitulation vor Gazprom zwingen: Zwar appellierte Putin noch einmal an die Europäer, doch ein internationales Gas-Konsortium zur Kontrolle des ukrainischen Pipeline-Netzes zu bilden, die ukrainische Seite jedoch lehnte diesen Vorschlag erneut ab.

Es ist möglich, dass die Ukraine im Gegensatz zu Belarus gerade aus den genannten Gründen dem beschleunigten Übergang zu europäischen Marktpreisen zugestimmt hat. Damit hat »das belarussische Szenario« seine Relevanz verloren und der Kreml muss nach einer neuen Strategie suchen. Was die »Energie-Waffe«

nicht schaffen konnte, kann vielleicht durch eine starke Verschuldung erzielt werden. Für diese Taktik käme die Weltwirtschaftskrise genau zum richtigen Zeitpunkt.

Unvorteilhafte Regelungen im Gasabkommen und der drohende wirtschaftliche Zusammenbruch der Ukraine erhöhen die Wahrscheinlichkeit eines erneuten Gas-Konflikts. Dabei könnten sich die Ereignisse in zwei unterschiedliche Richtungen entwickeln.

Russland hat laut Vertrag das Recht, seine Gaslieferungen an die Ukraine zu stoppen, wenn diese ihre Schulden nicht fristgerecht bezahlt. Dieser Schritt könnte jedoch zu technischen Problemen bei der Durchleitung des Gases nach Europa führen. In diesem Falle würden sich die Ereignisse vom Beginn des Jahres 2009 wiederholen. Der einzige Unterschied wäre, dass alle Schuld an den Lieferausfällen und alle Verantwortung für die daraus entstehenden Probleme auf die Ukraine übertragen würden. So gerät die Ukraine in die Falle Putins, die in den unterzeichneten Vertrag eingeschrieben ist.

Im zweiten Szenario würde Russland die Gaslieferungen nicht stoppen, sondern erhebliche Schulden und Geldbußen auflaufen lassen. Der Ukraine würde es wahrscheinlich nicht gelingen, die Gas-Schulden mit neuen Krediten zu refinanzieren. Dann wäre der Zeitpunkt gekommen, an dem Gazprom versuchen würde, das ukrainische Pipeline-Netz im Tausch gegen die Schulden zu erwerben. Einen Fall dieser Art gab es bereits: Russland tauschte in den späten 1990er Jahren ukrainische Gas-Schulden gegen einen langfristigen Pachtvertrag für die russische Schwarzmeerflotte. Um einer derartigen Erpressung zu entgehen, könnte sich die Ukraine Bankrott erklären. Allerdings würde das die Gefahr neuer Gas-Engpässe erhöhen. In diesem Fall würde Putin die Frage eines Gas-Konsortiums sicher wieder auf die Tagesordnung setzen.

Wie sich die Situation auch entwickeln mag, Russland bleibt in jedem Fall der Gewinner.

#### *Über die Autorin:*

Katerina Malygina ist DAAD/OSI Stipendiatin und studiert im Masterstudiengang für Internationale Beziehungen an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Sie ist freie Mitarbeiterin der Redaktion der Ukraine-Analysen.